

Stand: 20.04.2026 06:26:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/987

"Anpflanzung und Pflege mehr an Artenschutzbelangen ausrichten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/987 vom 21.03.2019
2. Beschluss des Plenums 18/1069 vom 21.03.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 21.03.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Gülsersen Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Anpflanzung und Pflege mehr an Artenschutzbelangen ausrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den staatlichen Behörden (insbesondere bei Bauämtern und Wasserwirtschaftsämtern) darauf hinzuwirken, dass

- mehr frühblühende Sträucher wie Weiden, Weißdorn oder Schlehen gepflanzt werden;
- die Pflege von Hecken nur abschnittsweise erfolgt (maximal ein Drittel auf den Stock setzen);
- Wiesen, sofern aus verkehrssicherheitstechnischen Gründen möglich, beweidet oder möglichst nur zweimal im Jahr gemäht werden, falls nicht eine andere Nutzung vorgesehen ist;
- bei größeren Wiesen Altgrasstreifen alternierend verbleiben;
- neue Böschungen und Dämme möglichst nährstoffarm angelegt werden und
- bei faunistisch wertvollen Flächen Balkenmäher eingesetzt werden.

Begründung:

Die Anpflanzung von Hecken und die Pflege von Wiesen durch staatliche Behörden erfolgt aktuell vielfach nach Aspekten des Arbeitsaufwandes. Dies deckt sich aber in der Regel nicht mit den Erfordernissen des Schutzes der Biodiversität. Um die Belange der Artenvielfalt besser zu gewichten, sollen deshalb in Zukunft auch vermehrt Weidenarten, Weißdorn und Schlehe gepflanzt werden, die alle einer sehr hohen Zahl an Insekten als Nahrungspflanze dienen. Sofern dies aus verkehrstechnischen Gründen möglich ist, sollen Wiesenbereiche außerhalb der Bankette möglichst beweidet oder zweischüurig bewirtschaftet werden. Bei faunistisch wertvollen Bereichen (hohe Anzahl seltener Schmetterlinge oder Heuschrecken) soll möglichst auf die Messerbalkenmäh zurückgegriffen werden. Falls keine geeigneten Pflegegeräte zur Verfügung stehen, ist eine Zusammenarbeit mit Landschaftspflegeverbänden eine Option.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/987

Anpflanzung und Pflege mehr an Artenschutzbelangen ausrichten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ralf Stadler

Abg. Christian Hierneis

Abg. Ruth Müller

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Andreas Winhart

Abg. Hans Friedl

Abg. Christoph Skutella

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Artenvielfalt in Bayern erhalten (Drs. 18/755)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anpflanzung und Pflege mehr an Artenschutzbelangen ausrichten (Drs. 18/987)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Verlust an Arten in Bayern stoppen (Drs. 18/988)

Die AfD-Fraktion hat zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, Grüß Gott, Kolleginnen und Kollegen! Das "Volksbegehren Artenvielfalt – Rettet die Bienen" war eine super Kampagne gebracht hat sie bisher aber nichts, außer dass das Thema ständig in den Medien auftaucht und die Landwirte als Sündenböcke herhalten müssen. Lustig ist aber schon, dass jetzt jeder CSU-Landrat und jeder CSU-Bürgermeister grüner sein will als die GRÜNEN und sich für das Klima und die Bienen einsetzen will. Es fehlt nur, dass sie im Bienenkostüm herumlaufen.

Der Arbeitskreis zum Volksbegehren ist wieder einmal eine Lachnummer. Leider sind wir nicht dabei, aber das kennen wir schon. Servus Salvator – mehr sage ich nicht.

Was Gescheites ist dabei auch nicht herausgekommen. Umweltminister Glauber fordert ein Blühstreifennetz an Straßen, CSU-Mann Beißwenger schlägt vor, an Straßen weniger oft zu mähen, und der Organisator des Volksbegehrens sagt: Wir müssen konkreter werden. Er befürchtet, dass der Arbeitskreis zu allgemein bleibt – Sachen gibt's. Der Oberhammer ist wieder einmal unser Mega-Blocker Söder. Der behindert alles, was nicht von der CSU kommt. Das war aber klar.

Natürlich sind viele Forderungen aus dem Volksbegehren unrealistisch und nicht umsetzbar. Deshalb macht die AfD auch praktische Vorschläge, die einfach zu realisieren sind und auch langfristig etwas bringen. Wir schauen zuerst, was der Staat und seine Behörden selbst tun können, um einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt zu leisten. Wir suchen nicht nach dem nächsten Sündenbock. Landkreise und Kommunen sollten hierzu jedoch ebenfalls aufgefordert werden. Genau dort setzen wir an.

Zeitgleich mit der Diskussion über das Volksbegehren wurden an nahezu allen Straßen und Wegen in Bayern Sträucher und Bäume radikal zurückgestutzt, um noch vor der beginnenden Schonzeit ab 1. März sämtliche Mäharbeiten abzuschließen. Das haben sicherlich alle Anwesenden mitbekommen. Viele Bürger schütteln nur den Kopf, wenn sie dies sehen, erst recht, wenn die Politik über Artenschutz diskutiert. Mit der Aktion wird eine Vielzahl von Frühblühern vernichtet, die für Bienen lebensnotwendig sind. Die Schonzeit zum Schutz der brütenden Vögel bringt auch nichts mehr, wenn kein Strauch oder Baum mehr da ist, in dem die Vögel brüten können. Das ist schon einmal von Haus aus a Kas. Sinnvoller wäre es doch, den Zuschnitt am ökologischen Nutzen auszurichten und nicht an starren Fristen, zu denen dann aus wirtschaftlichen Gründen alles auf einmal abgeholzt wird, um Arbeit und Geld zu sparen. Vor allem im Frühjahr sind Bienen auf die ersten Nahrungsquellen angewiesen, um überleben zu können.

Der vorliegende Antrag enthält eine praktische Handlungsempfehlung für Behörden, die langfristig umzusetzen ist. Dazu wäre erst einmal zu ermitteln, wie das Zuschneiden der Sträucher und Bäume zeitlich am sinnvollsten zu erfolgen hat und wie es sich

auf Insekten und Vögel auswirkt. Dass die Sicherung der Straßen und die Leichtigkeit des Verkehrs weiterhin gewährleistet werden müssen, ist selbstverständlich. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung und der Regierung den Artenschutz will, muss man sich den Artenschutz auch etwas kosten lassen. Wenigstens ist diese Maßnahme nicht mit Enteignungen zulasten der Landwirte verbunden.

Bitte stimmen Sie dem Antrag zu, wenn Sie wenigstens ein bisschen glaubhaft bei den Wählern überkommen wollen; denn was im Landtag den Bürgern mittlerweile vorgegaukelt wird, grenzt schon beinahe an Volksverdummung.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wie war das mit dem Klimaschutz und der Verfassung? – Wir stimmen auch sinnvollen Anträgen zu. Das honorieren die Bürger. Das Kasperltheater kennen sie schon, wenn ein Antrag aus taktischen Gründen abgelehnt wird.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Stadler. – Als Nächster hat Herr Kollege Christian Hierneis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD ist leider unausgegoren, zu undifferenziert und zu oberflächlich.

Zum Rückschnitt: Hecken, Sträucher und Bäume werden in der Regel alle acht bis zehn Jahre zurückgeschnitten. Das ist auch sinnvoll. Wenn wir dichte Hecken und andere Gehölze erhalten wollen, ist es oft sogar notwendig, diese in größeren Abständen zurückzuschneiden oder auf den Stock zu setzen. Für diejenigen, die nicht wissen, was das heißt: Das Gehölz wird bis auf ungefähr 10 cm über dem Boden zurückgeschnitten, um wieder einen dichten Bewuchs für Insekten und Vögel zu erhalten und eine Verkahlung der Hecken zu vermeiden. Der Rückschnitt kann den Artenschutz somit sogar fördern.

Zu den einzelnen Spiegelstrichen in unserem Antrag – Achtung, es wird fachlich: Für Insekten interessante, frühblühende Pflanzen sind Weiden, Weißdorn und Schlehen, die in der Regel aber nicht überall vor dem 1. März blühen. Die Straßenbauämter pflanzen allerdings kaum Weiden, Weißdorn oder Schlehen. Deshalb fordern wir zuerst die Pflanzung dieser Gehölze.

Selbstverständlich wollen wir nicht, dass alle Gehölze abrasiert werden. Das passiert auch nicht, wie ich bereits gesagt habe. Deshalb unser zweiter Spiegelstrich: Das Zurückschneiden oder Auf-den-Stock-Setzen ist sinnvoll, muss aber abschnittsweise geschehen, damit immer genügend Gehölze für Insekten und Vögel vorhanden sind.

Wiesen in der Verantwortung der staatlichen Behörden sollten entweder beweidet oder nur zweimal im Jahr gemäht werden. Gut wäre es, wenn größere Wiesen nicht im Ganzen, sondern abschnittsweise gemäht würden, damit Insekten und deren Raupen in den nicht gemähten Abschnitten überleben können.

Wir brauchen auch nährstoffarme Böden. Für nährstoffarme Böden zu sorgen, heißt auch, Artenvielfalt zu fördern. Das ist aber noch nicht überall bekannt: Je mehr Nährstoffe, je mehr Dünger, desto weniger Artenvielfalt. Je nährstoffärmer der Boden, desto mehr Artenvielfalt. Deshalb brauchen wir Initiativen der Staatsregierung, um nährstoffarme Lebensräume zu schützen und auszubauen.

Im letzten Spiegelstrich wird der Einsatz von Balkenmähern statt handelsüblicher Mähgeräte gefordert. Ein Balkenmäher schützt aufgrund des schonenderen Mähwerks insbesondere die Klein- und Kleinstlebewesen. Meine Damen und Herren, so sieht ein guter, fachlicher und umfassender Antrag zum Artenschutz an unseren Straßen und anderswo aus. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hierneis.
– Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist das für ein Biene-Maja-Antrag, den die AfD unter der Drucksache 18/755 eingereicht hat? Wer wird angesprochen? Welche Botschaft soll vermittelt werden? Wollen Sie sich kurz vor Ostern um die Palmkätzchen kümmern? – Oberflächlich hat der Kollege Hierneis den Antrag treffend genannt. In Ihrem Antrag stellen Sie lediglich Forderungen auf, anstatt konkrete Maßnahmen in der Landwirtschaft und im Umweltschutz aufzuzeigen. Diese sind eben nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Was wir jetzt brauchen, um den dramatischen Artenschwund in Bayern endlich zu stoppen, sind beispielsweise eine Agrarpolitik mit neuen Ansätzen, verpflichtende Gewässerrandstreifen, ein anderes Bewusstsein bei der Planung von Bau- und Gewerbegebieten, ein soziales Klimaschutzgesetz, um den Klimawandel zu stoppen, und einen Runden Tisch, der nicht überall aneckt. Natürlich sind nicht nur die Landwirte in der Pflicht, für mehr Lebensräume zu sorgen, sondern auch Haus- und Grundstücksbesitzer, die Kirchen, die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Kommunen.

Gerade hinsichtlich der Kommunen haben wir in der letzten Legislaturperiode mit der Drucksache 17/5424 am 25.02.2015 einen Antrag gestellt, bienenfreundliche Kommunen auszuzeichnen, um die Biodiversität vor Ort zu fördern. Das war lange bevor andere auf die Idee gekommen sind, über den Artenschutz überhaupt erst nachzudenken oder ein Volksbegehren zu starten.

(Beifall bei der SPD)

Unser Antrag wurde damals leider abgelehnt. Aber es zeigt sich, dass wir als SPD-Landtagsfraktion einfach der Zeit voraus waren.

Jetzt hat auch die CSU erkannt, dass Handlungsbedarf besteht. Deshalb fordern wir heute die Staatsregierung mit unserem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/988 auf, ein Konzept zur insektenfreundlichen Anlage und Pflege öffentlicher Flächen zu erstellen. Dazu braucht es aber auch passende Saatmischungen, die für die jeweilige

Region passen. Außerdem brauchen wir eine Sensibilisierung für eine spätere Mahd und den Abtransport des Grünguts.

Um Lebensräume für Insekten, Wildbienen, Hummeln, Mücken und Falter zu schaffen und vor allem zu erhalten, brauchen wir aber nicht nur schöne Worte und Unterschriften, sondern auch Geld. Deshalb wollen wir ein Förderprogramm, das die Kommunen bei der Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nicht alleine lässt.

In diese Richtung geht auch der Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/987. Deshalb werden wir diesem auch zustimmen. Wir wollen, dass es in Bayern weiter summt und brummt und dass blühende Landschaften die Regel und nicht die Ausnahme sind.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Eric Beißwenger von der CSU-Fraktion.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Über den Antrag der AfD zur Artenvielfalt war ich schon sehr überrascht. Ich hätte viel vermutet, aber keinen Antrag zur Artenvielfalt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Aber nur für heimische Arten!)

Deshalb bin ich zunächst einmal überrascht. Noch mehr überrascht war ich darüber, dass die einzigen, die bei der AfD von diesem Thema wirklich etwas verstehen, als Antragsteller nicht dabei sind. Wenn ich mir den Antrag durchlese, bin ich davon nicht mehr überrascht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag ist – das wurde von den anderen Rednern schon bemerkt – unausgegrenzt, oberflächlich und mit heißer Nadel gestrickt. Er enthält auch gewisse Diskrepanzen. Mit der Forderung, ein Konzept zu entwickeln, das die idealen Zeitpunkte für den

Rückschnitt von Nutzpflanzen unter Beachtung des Insektenschutzes im öffentlichen Raum darstellt, meinen Sie bestimmt die Parkanlagen, auf denen Kartoffeln und Mais gepflanzt werden. Ich darf Ihnen aber gleich sagen: Die werden nicht zurückgeschnitten.

Ich meine, Sie wollten auf die Blühpflanzen abstellen. Sie haben auch speziell die Weide erwähnt. Ich kann Ihnen sagen, dass diese Gehölze nicht über mehrere Kilometer Länge, sondern immer nur abschnittsweise auf Stock gesetzt werden, wenn es erforderlich ist. Das ist auch vernünftig. Natürlich wollen wir weder den Bienen noch anderen Insekten die Pollenquelle rauben. Allerdings müssen diese Gehölze nach einigen Jahren wieder auf Stock gesetzt werden, sonst kommt es zu einer Verwaldung der Bestände.

Ich glaube, so ganz ausgegoren ist Ihr Antrag nicht, da Sie sehr wohl sehen, dass es zu Konflikten mit Brutvögeln kommen kann, die dort nisten. Das heißt auf gut Deutsch, wir lassen die Pflanzen ausblühen, schneiden sie dann zurück und überlegen uns, wo wir die Vogelnester hingeben. Das Ganze ist völlig unausgegoren.

Sie weisen darauf hin, dass die unteren Naturschutzbehörden als Beratungsstellen fungieren sollen. Das heißt, der Bürgermeister geht dann zur unteren Naturschutzbehörde und fragt, welchen Stock er zurückschneiden darf, was er mit der Weide und was er mit der Haselnuss machen soll, weil zwischendrin auch noch zwei Apfelbäume blühen. Das ist sehr schwierig.

Sie sagen, die Staatsregierung habe auf einmal ihre Liebe für den Artenschutz erkannt. Dazu kann ich Sie nur darauf hinweisen, dass der Blühpakt Bayern bereits am 11. Juni 2018 in Kraft getreten ist. Das war der Startschuss für ein wieder blühendes Bayern. Dieser Pakt wurde von einem breiten Bündnis von Partnern getragen, von der Bevölkerung, von der Wissenschaft, von Naturexperten, von der Wirtschaft und von der Landwirtschaft. Des Weiteren gibt es auch die landesweite Initiative "Natürlich Bayern". In Kooperation mit Landschaftspflegeverbänden wird das Umweltministerium

in den kommenden fünf Jahren insektenfreundliche Maßnahmen in den Kommunen durchführen. So viel zum Antrag der SPD, weil immer wieder über Fördermaßnahmen gesprochen wird. In diese Initiative werden knapp drei Millionen Euro investiert. Wir müssen uns nicht vorwerfen lassen, dass wir die Problematik beim Artenschutz nicht erkannt hätten.

Eines will ich Ihnen aber auch sagen: Mit allen Anträgen, die jetzt kommen, greifen wir dem Runden Tisch nur vor. Ich sehe es nicht so wie der Redner der AfD, dass beim Runden Tisch nichts herauskommen würde. Was Sie gesagt haben, geht völlig am Thema vorbei. Ich würde einfach die Beratungen abwarten. Sicher ist es auch unser Ziel, dass es am Schluss nicht heißt, die Landwirtschaft ist allein an allem schuld. Die Landwirte sind die größten Flächenbewirtschafter. Deswegen werde ich auch niemals sagen, die Landwirtschaft habe keine Verantwortung. Zu sagen, die Landwirtschaft sei alleine schuld, ist aber ein Unding, und das werden wir niemals akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Der Kollege Hierneis von den GRÜNEN hat gesagt, dass er die einzelnen Sträucher nicht unbedingt aufgeführt haben will. Er hat aber sehr wohl auf Weißdorn und Schlehe hingewiesen, da diese nicht gepflanzt würden. Ich kann nur sagen, dafür gibt es einen Grund. Weißdorn und Schlehe sind die ersten Feuerbrandüberträger, die es überhaupt gibt. Da sehe ich fachliche Probleme. Ich unterstelle einfach einmal, dass sich die Ämter sehr wohl darüber Gedanken machen, was sinnvoll und was nicht sinnvoll ist. Deshalb würde ich das weiterhin den Ämtern überlassen.

Ich meine, dass alles, was wir jetzt tun, dem Runden Tisch nur vorgreift, und das sollten wir nicht tun. Wir sollten nicht an kleinen Lösungen da und dort basteln, sondern wir sollten eine große Lösung für die Artenvielfalt, für Bayern und für unsere Heimat anstreben. Deshalb lehnen wir die Anträge selbstverständlich ab.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Beißwenger, Sie bekommen noch eine Redezeitverlängerung durch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Winhart von der AfD-Fraktion. – Bitte sehr.

Andreas Winhart (AfD): Herr Beißwenger, ist Ihnen bekannt, dass es nach dem Bundesnaturschutzgesetz verboten ist, Hecken zwischen dem 1. März und dem 29. September zurückzuschneiden oder auf Stock zu setzen? Ist Ihnen das bekannt? – Ihr Nicken interpretiere ich als Ja.

Eric Beißwenger (CSU): Ist das die Frage?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das war die Frage. Sie dürfen antworten, Herr Beißwenger.

Eric Beißwenger (CSU): Mir ist das Bundesnaturschutzgesetz durchaus bekannt. Vielen Dank.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Beißwenger. – Es gibt keine weitere Zwischenbemerkung. Damit kommen wir zum nächsten Redner, zu Herrn Kollegen Hans Friedl von den FREIEN WÄHLERN.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen, Hohes Haus! Der Dringlichkeitsantrag der AfD ist zwar gut gemeint, aber leider gibt es einen Unterschied zwischen gut gemeint und gut gemacht. Dass Ihre Fraktion nun den Naturschutz als Thema in dieser Art und Weise für sich entdeckt, könnte man fast schon als Trittbrettfahren bezeichnen.

(Lachen bei der AfD)

– Lachen Sie nur weiter! Ihr Hinweis auf § 39 des Bundesnaturschutzgesetzes ist richtig, zugleich aber auch irrelevant. In Bayern gibt es bereits Konzepte, um auf der einen Seite dem Insekten- und Vogelschutz und auf der anderen Seite dem Gehölzschnitt Rechnung zu tragen.

Lassen Sie mich versuchen, Ihnen diese Konzepte näher zu bringen. Bei Gehölzen und Bäumen an Straßen ist laufend darauf zu achten, dass sie nicht in den Verkehrsraum oder in die Sichtfelder ragen und damit den Verkehr behindern. Auch das Entfernen von schadhafte und kranken Pflanzen sowie das Beseitigen von Bäumen und Ästen nach Sturm- oder Windschäden gehört zur Gehölzpflege. Darüber, glaube ich, besteht Einigkeit. Bundesweit ist einheitlich festgelegt, dass Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis 30. September nicht zurückgeschnitten oder auf Stock gesetzt werden dürfen. Das hat Kollege Beißwenger auch gesagt. Da haben Sie wahrscheinlich nicht zugehört. Dieses Verbot wurde erlassen, damit Tiere wie zum Beispiel Vögel ungestört brüten und Baumbewohner wie Eichhörnchen oder Marder ihre Jungen großziehen können. Man hat sich also bei dieser Regelung etwas gedacht. Ausgenommen davon sind die sogenannten schonenden Pflegeschnitte, das Freischneiden von Verkehrsschildern oder das Zuschneiden von Mittelstreifenbepflanzungen.

Zugegebenermaßen lässt es die Straßenränder schon wüstenartig erscheinen, wenn diese Pflanzen alle paar Jahre auf Stock gesetzt werden. Doch diese Sträucher treiben danach besonders kräftig aus; darum setzt man sie auch auf Stock. Weil sich die zuständigen Straßenunterhaltsbehörden dessen bewusst sind, werden diese stark eingreifenden Maßnahmen nur abschnittsweise durchgeführt, um möglichst naturverträglich zu handeln. Meine Damen und Herren, das ist gelebter Artenschutz. Deshalb sind die Forderungen des Dringlichkeitsantrags der AfD bereits berücksichtigt, und deswegen wird dieser Dringlichkeitsantrag von uns FREIEN WÄHLERN abgelehnt.

Lassen Sie mich kurz noch Folgendes anmerken: Ich weiß wovon ich in puncto Artenvielfalt und Artenschutz spreche. Ich bin selbst Blühbotschafter in diesem Jahr, "Blühbotschafter 2019", mit 14 Hektar Bienenweide.

Zu den nachgezogenen Anträgen der SPD und der GRÜNEN: Auch die werden wir, die FREIEN WÄHLER, ablehnen. Wir wollen nämlich keinesfalls in den Dialogprozess des Runden Tisches eingreifen.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind doch nur Ausreden!)

– Vielen Dank, Herr von Brunn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Friedl. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Kollegen Christoph Skutella von der FDP.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute schon öfter gehört, auch von meinen Vorrednern, und dem können wir uns nur anschließen: Der von der AfD eingebrachte Dringlichkeitsantrag ist sowohl inhaltlich als auch grammatikalisch – und das finde ich fast schlimmer – eine Zumutung.

(Lachen und Beifall bei der FDP sowie den FREIEN WÄHLERN)

Straßenbegleitgrün kann auf unterschiedliche Weise zum Erhalt und zur Förderung der ökologischen Vielfalt beitragen. Sowohl Gras als auch die heute schon öfter thematisierten Gehölzflächen bieten bei einer ökologisch orientierten und sauber durchgeführten Pflege durch die Straßenbauverwaltung verschiedenen Tier- und Pflanzenarten einen wertvollen Lebens-, Deckungs- und Fluchraum. Der Erhalt unserer Artenvielfalt ist auch an den Straßenrändern möglich und nötig. Dieser Antrag aber spielt die aktuell publikumswirksamen Insekten gegen bedrohte Arten von Vögeln und Säugetieren aus. Manche der angesprochenen Frühblüher treiben bis in den März oder sogar bis in den April. Wenn es nun nach der AfD ginge, dürften auch weit nach dem 1. März noch Gehölzflächen geschnitten werden. Zu diesem Zeitpunkt haben sich dort allerdings bereits mehrere Vogel- und Säugetierarten eingenistet. Im Frühjahr und im Sommer müssen diese Arten sich selbst überlassen sein, da sie sonst in ihrem sensiblen Nist- und Brutverhalten massiv gestört werden.

(Beifall bei der FDP)

Erst ab dem Herbst ist eine großflächige Pflege des Gehölzes wieder sinnvoll. Wie der Antrag der SPD richtig verlangt, ist hier auch auf eine optimale Saatgutmischung bei der Ansaat des Straßenbegleitgrüns zu achten.

Ihr schwacher Versuch, diesen Punkt in der Begründung noch zu retten, ist dilettantisch und zeigt, dass Sie opportunistisch auf den Zug der Insektenrettung aufspringen wollen, ohne dabei sämtliche anderen gefährdeten Tierarten zu beachten.

(Beifall bei der FDP)

Dabei könnte die Lösung so einfach aussehen. Der Intensivbereich neben einer Straße, sprich: wenige Meter neben der Fahrbahn, ist aus Gründen der Verkehrssicherheit stets niedrig und dicht zu halten. Schaut man jedoch weiter, in die Gräben und Böschungszonen, in den sogenannten Extensivbereich, findet man eine Vielzahl von Insekten-, Reptilien-, Säugetier- und Vogelarten, die die AfD allerdings nach dem 1. März radikal in ihrem Lebensraum stören will.

Die Pflege von Hecken und Gehölzstreifen sollte sich nicht an den veränderten Blühphasen orientieren, sondern aus Gründen des Naturschutzes im Extensivbereich abschnittsweise und zeitlich versetzt erfolgen. Zum Beispiel sollte auf einem 1.000 Meter langen Abschnitt nur circa alle 100 Meter ein kleiner Bereich zurückgeschnitten werden. Der erste Vorteil wäre: Es existiert immer noch ein Schutz vor Wind- und Schneeverwehungen, und der belassene Abschnitt bietet weiterhin Lebens- und Deckungsraum für viele verschiedene Insekten- und Vogelarten.

Der zweite Vorteil ist, dass das ästhetische Landschaftsbild gewahrt und größtenteils erhalten bleibt. Zudem beschränken sich die Eingriffe durch eine solche Pflege auf alle acht bis zehn Jahre. Das haben wir bereits gehört. Der nächste Nachbarabschnitt wird dann erst nach zwei bis drei Jahren weiter gepflegt.

Diese Art der Pflege verhindert einen alljährlichen Kahlschlag, egal, zu welchem Zeitpunkt, und erhält somit langfristig einen Rückzugsort für Insekten, Vogel- und Säugerarten.

Eine solche Pflege wurde schon von den GRÜNEN vorgeschlagen und könnte in das SPD-Konzept einfließen. Es könnte somit der Artenvielfalt in Bayern extrem weiterhelfen. Daher werden wir den Anträgen der SPD und der GRÜNEN zustimmen. Damit würde der Freistaat vorbildlich einen Schritt in Sachen Artenvielfalt weitergehen.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über die beiden in einfacher Form abzustimmenden Dringlichkeitsanträge ab.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/987 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/988 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/755. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16:05 bis 16:10 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. Wir setzen die Sitzung mit dem nächsten Dringlichkeitsantrag fort.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe nun die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu den in den letzten eineinhalb Stunden beratenen Dringlichkeitsanträgen bekannt.

Zunächst ging es um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Artenvielfalt in Bayern erhalten", Drucksache 18/755. Mit Ja haben 20 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 149 gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.03.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion AfD; Artenvielfalt in Bayern erhalten (Drucksache 18/755)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin				Fehlner Martina			
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert		X		Flierl Alexander		X	
Arnold Horst		X		Flisek Christian			
Aures Inge		X		Franke Anne			
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus	X			Ganserer Markus (Tessa)			
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten		X	
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun				Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael				Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred				Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto			
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	20	149	2